



**Ihre Stimme
gegen Windkraft!**



Wahlen in Deutschland



Bundestagswahl 24. September 2017 – wen wählen?

Am 28.08.2017 veröffentlichte Dr. Björn Peters unter der Überschrift **Chancen für einen Neustart in der Energiepolitik** einen sehr verständlichen Artikel, was wir unter welchen Koalitionen nach Bundestagswahl in Bezug auf die Energiewende zu erwarten haben.

Dr. Peters beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Energiewende unter wissenschaftlichen, volks- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Den vollständigen Artikel können Sie hier nachlesen:

https://deutscherarbeitgeberverband.de/energiefrage/2017/2017_08_28_dav_aktuelles_energiefrage_31_wahlprogramm.html

Passagen diesen Artikels möchte ich nutzen und auch kommentieren, um im Abschluss zu Wahlempfehlungen zu kommen.

Die **Bundestagswahl am 24. September 2017** kann man für uns „Windrad-Bedrohten“ tatsächlich als Schicksalswahl bezeichnen.

Ein „weiter so“ darf es nicht geben!

Demnach wird diese Wahl auch entscheidend für den weiteren Ausbau der Windkraft bei uns vor Ort sein. Noch ist nichts verloren, denn wir haben eine scharfe Waffe:

„Das Recht auf freie Wahlen“

Nutzen wir dieses Recht und machen wir Gebrauch davon.

Vorwegschicken möchte ich, dass ich keiner politischen Partei angehöre und nachfolgend von mir eingebrachten Kommentare meiner persönlichen Sicht der Dinge entsprechen.

Energiepolitische Zusammenfassung der Wahlprogramme der Parteien

Für **die Grünen** gibt es in der Energiepolitik keine naturwissenschaftlich-technischen Grenzen. Die Partei fordert in ihrem 248-seitigen Wahlprogramm die völlige Umstellung des Stromsektors auf ‚erneuerbare‘ Energieträger und das Ende des Verbrennungsmotors bis 2030. Es gibt keinen technisch denkbaren Weg, um diese beiden Ziele zu erreichen, ohne uns eine vormittelalterliche Lebensweise per Dekret aufzuzwingen.

Bewertung:

*Realitätsfern und ideologisch verblendet – **unwählbar**.*

Die Linke hält am beschleunigten Ausbau von Wind- und Solarenergie fest. Sie steht für eine Rückkehr zum alten EEG mit festen Einspeisevergütungen, für eine Reduktion von CO₂-Emissionen um 95% bis 2050, gleichzeitig für "bezahlbare Energie und erschwingliche Mobilität". Die Lernkurve, dass sich ‚erneuerbare‘ Energien, eine Vollversorgung mit ihr und dies zu geringen Kosten gegenseitig ausschließen, wurde offensichtlich noch nicht einmal ansatzweise besprochen.

Bewertung:

*Wirres Konstrukt, das sich widerspricht – **unwählbar**.*

Viele sorgfältig abgewogene Forderungen finden sich im Programm der **SPD**. Zu groß sind allerdings die Diskrepanzen zwischen dem geringen Entwicklungsstand der für eine erfolgreiche Energiewende benötigten Technologien und den politischen Forderungen der SPD: Auch bei ihr soll die Umstellung der Stromversorgung auf eine "emissionsneutrale" Technik bis 2050 mit dem Ausbau von ‚erneuerbaren‘ Energien bewerkstelligt werden. Allerdings wird eingestanden, dass es in allen Sektoren noch erheblicher Forschung bedarf, um die notwendigen Technologien zu verstehen.

Bewertung:

*Scheinbar Problemfelder erkannt, dennoch weiter so – **unwählbar**.*

Die **CDU** will die ‚erneuerbaren‘ Energien zwar weiterhin in einem festen Ausbaukorridor ausbauen, setzt aber auf mehr und mehr Marktmechanismen statt fester staatlicher Förderung. Der Forschungsbedarf für Speichertechnologien, die Notwendigkeit des Aufbaus einer eigenen Batteriezellproduktion und die Bedeutung der Sektorkopplung werden benannt **Allerdings liest sich das Wahlprogramm für die Energiepolitik etwas vage. So als würde man dieses Feld dem künftigen Koalitionspartner überlassen wollen, falls es wie erwartet nicht für eine absolute Mehrheit reicht. Da dieser ‚Grüne‘, SPD oder FDP heißen kann, hat sich die CDU zumindest in der Energiepolitik nach allen Seiten anschlussfähig gehalten.**

Bewertung:

*Typische Merkel-Politik, alle Wege offenlassen – **unwählbar**.*

Die **FDP** möchte sich endgültig von der einseitigen Förderung einzelner Technologien verabschieden und setzt stattdessen auf den CO₂-Emissionshandel ETS als technologieneutrale Methode des Umstiegs der europäischen Volkswirtschaften von den chemischen Energieträgern Kohle, Öl und Gas auf emissionsarme Technologien. **Das EEG soll für die Zukunft ersatzlos gestrichen werden, die Privilegierung von Windindustrieanlagen im Baugesetzbuch entfallen und eine 10h-Regel dafür sorgen, dass wie in Bayern der Mindestabstand zu Siedlungsgebieten mehr als das Zehnfache der Höhe beträgt.** Netzentgelte sollen verursachungsgerecht auch auf Produzenten von wetterbedingt schwankenden Strom umgelegt, die Stromsteuer gesenkt werden.

Bewertung:

*Abschaffung EEG, Wegfall der Privilegierung und Einführung 10h-Regel – **WAHLEMPFEHLUNG**.*

Neben der FDP, hat sich die **AfD** in der Energiepolitik am deutlichsten positioniert. Die Erkenntnisse der Klimaforschung werden als zu dünn betrachtet, als dass hieraus politische Ziele abgeleitet werden könnten. Der "Klimaschutzplan" der Bundesregierung wird daher abgelehnt und das Pariser Klimaabkommen würde unter einer AfD-Regierung gekündigt werden. Die Windenergie wird als "energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv" bezeichnet. Solange Windindustrieanlagen noch gebaut werden, sollen sie gleichfalls die 10h-Regel einhalten (s.o.). Die AfD spricht sich für eine technologieneutrale Wirtschaftspolitik ohne staatliche Eingriffe aus.

Bewertung:

*Nahezu deckungsgleich mit FDP– **wählbar mit Einschränkungen.***

Wieso mit Einschränkungen?

Nachdem alle anderen Parteien, die voraussichtlich im nächsten Bundestag vertreten sein werden, eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen haben, wird sie allenfalls erreichen können, bei bestimmten Positionen die anderen Parteien im Bundestag vor sich her zu treiben.

Da die AfD nach eigenem bekunden eine Regierungsbeteiligung ablehnt, wäre jede Stimme für die AfD zwangsläufig eine Stimme für die Fortsetzung der großen Koalition und würde damit genau die stützen, die das ganze Desaster zu verantworten haben.

Mögliche Koalitionen und deren Auswirkung auf das Feld erneuerbare Energien

SPD-Linke-Grüne

Nach derzeitigen Umfrageergebnissen wird es für Rot-Rot-Grün nicht reichen. Für die Energiepolitik ist dies erfreulich, da es genau die ‚grüne‘ Energiepolitik, die von der SPD und vor allem der ‚Linken‘ kopiert wurde, ist, die so wirkungslos ist, dass es eines Neustarts in der Energiepolitik bedarf.

CDU-Grüne

Im Falle, dass die SPD in der Wählergunst absinkt und die ‚Grünen‘ stärker würden als die FDP, wird es wohl zu einem schwarz-grünen Bündnis kommen. Die energiepolitischen Forderungen der CDU werden dem kaum entgegenstehen, beispielsweise hat sich ja auch bereits Angela Merkel für eine Verbotspolitik im Zusammenhang mit dem Verbrennungsmotor ausgesprochen. Die CDU wird hier wohl nur die realitätsfernsten Forderungen der ‚Grünen‘ wie ein sofortiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zeitlich etwas abmildern können.

CDU-SPD

Angesichts der vielleicht schwierigen Mehrheitsbildung im Bundestag mit zwei größeren und vier etwa gleich starken kleineren Fraktionen ist die wahrscheinlichste Regierungskoalition die Neuauflage einer Großen Koalition zwischen CDU und SPD. In dem Fall darf man erwarten, dass das EEG 2017 mit dem Ausbaukorridor für Wind- und Solarenergie fortgeführt wird. Gerade der innere Zirkel um Angela Merkel hat zu viel politisches Kapital investiert, um hier einzugestehen, dass Solar- und Windenergie einer Überwindung von chemischen Energierohstoffen eher entgegensteht als diese befördert.

CDU-GRÜNE-FDP SPD-GRÜNE-FDP

Im Feld der Energiepolitik haben sich ‚Grüne‘ und FDP so stark in entgegengesetzten Forderungen festgelegt, dass die Energiepolitik geradezu als Sollbruchstelle eines denkbaren Dreierbündnisses der beiden Parteien mit entweder SPD oder CDU gelten darf. Vor allem die FDP kann hinter ihre Forderungen nach einer Kostensenkung im Energiesektor und einer technologieneutralen

Energiepolitik nicht zurück. Zu stark wirkt noch nach, dass die Partei-Oberen nach der Bundestagswahl 2009 ihre Versprechungen nach einem "einfachen, transparenten und gerechten Steuersystem" nach der Wahl nicht einlösten. Meinem Eindruck nach ist es der derzeitigen FDP-Führung sehr bewusst, dass die Partei vom Wähler nur noch eine einzige Chance erhalten wird. Das Zusammengehen mit den ‚Grünen‘ auf Bundesebene könnte sie dagegen so viel Glaubwürdigkeit kosten, dass diese Chance verspielt würde.

Dreierbündnisse mit FDP und ‚Grünen‘ sind sehr unwahrscheinlich.

CDU-FDP

Die für einen Neustart in der Energiepolitik erfolgversprechendste Konstellation ist, wenn es wieder für Schwarz-Gelb reichte, die FDP also stärker würde als die ‚Grünen‘ und gleichzeitig so viele Abgeordnete stellte, dass sie der CDU Zugeständnisse bei der Energiepolitik abringen könnte. In Nordrhein-Westfalen war dies im Frühjahr zu beobachten. Bei vielen CDU-Funktionären aus der zweiten Reihe wären solche Zugeständnisse populär. **Die Brücke für den inneren Führungszirkel in der CDU hin zu einem Richtungswechsel könnte sein, dass sie die Meinungsänderung auf den kleineren Koalitionspartner schieben könnte.**

Bundestagswahl 24. September 2017 – Chancen nutzen, Schwarz-Rot abwählen!



**Keine Stimme
für Windindustrie!**



Wahlen in Deutschland



Wolfgang Nawroth

BI Wind-Wahn Villmar/Runkel
Mitglied der Europäischen Plattform
gegen Windkraftanlagen EPAW
BI.villmar-runkel@t-online.de
www.bi-wind-wahn.de